

Vortrag der Aufsichtskommission (AK) an den Stadtrat**Aufsichtskommission:
Bericht über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2012****1 Einleitung**

Die Aufsichtskommission des Stadtrats überwacht gemäss Artikel 72 der Gemeindeordnung der Stadt Bern (GO) die Geschäftsführung der Verwaltung und der städtischen Anstalten auf ihre Ordnungs- und Rechtmässigkeit (Verwaltungskontrolle). Die Ergebnisse ihrer Kontrolltätigkeit bringt sie dem Stadtrat jährlich in Form des vorliegenden Berichts zur Kenntnis. Nachfolgend eine kurze Übersicht über die im Leitbild der Aufsichtskommission vom 4. April 2011 festgehaltenen Instrumente der Verwaltungskontrollarbeit der AK und deren Anwendung im Berichtsjahr:

Delegationsbesuche

Die AK wählt jeweils zu Beginn des Jahres je eine ständige Delegation pro Verwaltungsdirektion mit vier Kommissionsmitgliedern. Die fünf AK-Delegationen besuchen ihre Direktion in der Regel einmal jährlich zu einem Gespräch im Beisein des zuständigen Gemeinderatsmitglieds. Anschliessend erfolgt im Plenum die Berichterstattung über die Ergebnisse der Sitzungen. Das Plenum berät die Ergebnisse und legt das weitere Vorgehen fest.

Für die im Berichtsjahr durchgeführten Delegationsbesuche legte die AK vorgängig eine Reihe von Schwerpunktthemen fest, die in allen Delegationsbesuchen behandelt wurden. In den nachfolgenden Kapiteln sind die Ergebnisse der Delegationsbesuche zusammenfassend dargelegt.

Vertrauliche Gemeinderatsgespräche

Jeweils im ersten Quartal des Jahres finden vertrauliche Informationsgespräche mit den Mitgliedern des Gemeinderats statt. Die Gespräche werden nicht protokolliert. Sämtliche Gespräche sind auch im Geschäftsjahr 2012 in angenehmer und offener Atmosphäre durchgeführt worden.

Direktionsbesuche

Pro Jahr finden zusätzlich zwei bis drei Direktionsbesuche statt, an denen die gesamte AK teilnimmt. Im Rahmen der Direktionsbesuche wird der Kontakt zwischen den AK-Mitgliedern und dem Kader der Direktionen anhand der Erörterung eines jeweils vorgängig ausgewählten Themas und in Verbindung mit einem geselligen Teil gepflegt. Im Berichtsjahr fanden Besuche in den Direktionen PRD, BSS und TVS statt.

Die AK ist zudem direkte Vorgesetzte des Ombudsmanns und Datenschutzbeauftragten. Ausserdem ist die AK zuständig für die ausgelagerten Betriebe (ewb, BernMobil und Stadtbauten). Mit diesen Aufgabenbereichen hat sich die AK auch im Berichtsjahr intensiv beschäftigt.

2 Bericht des Präsidenten

Die Aufsichtskommission (AK) hat im Berichtsjahr zwölf ordentliche und sieben ausserordentliche Sitzungen durchgeführt. Die ausserordentlichen Sitzungen waren nötig, da die bereits im Vorjahr begonnene umfangreiche Untersuchung in Sachen gemeinderätliche Disziplinaruntersuchung gegen den Finanzinspektor abgeschlossen werden musste. Der Schlussbericht konnte im Mai 2012 verabschiedet werden.

Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle der Kommissionssekretärin Ladina Kirchen, ohne deren grosses Engagement ein reibungsloses Funktionieren der Aufsichtskommission nicht möglich wäre, ebenso wie dem Protokollführer Markus Schütz für seine präzise und zuverlässige Protokollierung.

AK-Untersuchung betreffend gemeinderätliches Disziplinarverfahren gegen den Finanzinspektor

Die AK hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai 2012 den Untersuchungsbericht in Sachen gemeinderätliche Disziplinaruntersuchung gegen den Finanzinspektor einstimmig verabschiedet. Im Rahmen der seit August 2011 laufenden Untersuchung hat sich die AK intensiv mit der politischen Wertung der Vorkommnisse rund um das Disziplinarverfahren gegen den Finanzinspektor der Stadt Bern auseinandergesetzt. Wo sich die Kommission nicht auf eine gemeinsame Wertung einigen konnte, fanden sowohl Mehrheits- als auch Minderheitsstandpunkte Eingang in den Bericht, so dass die Kommission schliesslich den Bericht einstimmig zuhanden des Stadtrats verabschieden konnte. Die Sicherheitsmassnahmen, welche die AK aufgrund von Indiskretionen im Jahre 2011 ergriffen hatte (vgl. Bericht der Aufsichtskommission über die Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2011, Ziff. 2), zeitigten offenbar Wirkung.

Für die Ergebnisse der Untersuchung wird auf den Untersuchungsbericht der Aufsichtskommission vom 23. Mai 2012 verwiesen.

Stadtbauten Bern – Vorkommnisse bei Vergaben und einer Stellenbesetzung

Am 26. Juni 2012 wurden in den Medien Vorwürfe laut, wonach es zu Unregelmässigkeiten bei der Vergabe eines Auftrages zur Überwachung von Schulanlagen und der Neubesetzung einer Stelle im Geschäftsbereich Immobilienmanagement gekommen sei. Der Verwaltungsrat der Stadtbauten Bern hat darauf am 3. Juli 2012 beschlossen, die Vorwürfe extern untersuchen zu lassen. Am 7. Juli 2012 wurden in den Medien weitere Vorwürfe publik, wonach es ebenfalls zu Unregelmässigkeiten bei der Vergabe von Reinigungsaufträgen öffentlicher Toilettenanlagen und eines Schulungsmandates gekommen sei. Am 8. August 2012 entschied der Verwaltungsrat der Stadtbauten Bern, auch diese Vorfälle extern untersuchen zu lassen. Die Aufsichtskommission beschloss bereits am 2. Juli 2012, auf eine eigene Untersuchung der Vorfälle einstweilen zu verzichten und die Untersuchungsberichte abzuwarten.

Die AK hat an den Sitzungen vom 29. Oktober und vom 19. November 2012 von den beiden Berichten sowie von den an der Medienkonferenz vom 12. Oktober 2012 gemachten Ausführungen Kenntnis genommen. Sie kam zum Schluss, dass die Berichte sauber abgefasst und die bei den Stadtbauten begangenen Verfehlungen juristisch korrekt aufgearbeitet und wiedergegeben worden sind. Die AK bemängelte hingegen, dass der Bericht zu wenig Rücksicht auf die besondere Stellung der Stadtbauten nimmt, die als ausgelagerter städtischer Betrieb zu hundert Prozent in städtischem Besitz ist. Gerade die Nähe zur Verwaltung setzt punkto Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Vergabe von Aufträgen und der Besetzung von Stellen andere, höhere Massstäbe. Dies kam nach Ansicht der AK in den beiden Untersuchungsberichten zu wenig klar zum Ausdruck. Die AK hatte trotz einer kritischen Würdigung der Untersuchungsberichte beschlossen, von einer eigenen Untersuchung abzusehen. Dies hing insbesondere auch mit dem anlässlich der Medienkonferenz von den Verantwortlichen angekündigten Massnahmenkatalog zur Verhinderung von künftigen Fehlern zusammen. Die AK hat den Gemeinderat jedoch gebeten, ihr

regelmässig über den Stand der Umsetzung der genannten Massnahmen zu berichten. Eine erste Berichterstattung durch die StaBe ist im Frühling 2013 vorgesehen.

Kulturförderung

Im Zusammenhang mit der Kulturförderung wurden bereits 2011 Eingaben an die Aufsichtskommission gemacht, worin der Abteilung Kulturelles diverse Unregelmässigkeiten rund um die Auftragsvergabe bzw. das damit verbundene Ausschreibungsverfahren im Zusammenhang mit der Herausgabe der Berner Kulturagenda vorgeworfen wurden. Gleichzeitig wurde auch das von der Abteilung Kulturelles durchgeführte Verfahren bei der Behandlung von Beitragsgesuchen als nicht korrekt bezeichnet, insbesondere wurde geltend gemacht, dass Beitragsgesuche von der Abteilung Kulturelles abgewiesen würden, ohne dass sie der zuständigen Kulturkommission vorgelegt sind. Mit der Eingabe wurde darauf hingewiesen, dass man mit dem städtischen Finanzinspektor in Kontakt stehe und dieser eine Untersuchung für angebracht halte, worauf die Aufsichtskommission den städtischen Finanzinspektor mit Schreiben vom 5. September 2011 bat, schriftlich über den Stand der Abklärungen zu informieren. Auch der Gemeinderat erteilte am 9. November 2011 dem Finanzinspektor einen Auftrag, Bericht zu erstatten, und ermahnte gleichzeitig die Aufsichtskommission, das dualistische Modell der städtischen Finanzkontrolle zu respektieren und künftig dem Finanzinspektor keine direkten Aufträge mehr zu erteilen.

Im Bericht vom 23. März 2012 kommt der Finanzinspektor zum Schluss, dass die im Jahre 2004 erfolgte Vergabe zur Herausgabe der Kulturagenda durch den Verein Kulturagenda nicht gemäss den Vorschriften des öffentlichen Beschaffungswesens durchgeführt worden ist. Angesichts des damals vorliegenden Zahlenmaterials sei dieses Vorgehen jedoch als zulässig erschienen. Entkräftet wurde hingegen der Vorwurf, wonach die Abteilung Kulturelles in Eigenregie und ohne Einbezug der Kulturkommissionen Gesuche beurteilt, da Gesuche betreffend die Information über Kultur und Kulturpolitik nach der einschlägigen Verordnungsbestimmung (Art. 16 Abs. 2 Bst. f OV, SSSB 152.01) in die ausschliessliche Zuständigkeit der Abteilung Kulturelles fallen und somit nicht den Kulturkommissionen unterbreitet werden müssen.

Die AK hat in der Folge an ihrer Sitzung vom 4. Juni 2012 den Stadtpräsidenten und die Leiterin der Abteilung Kulturelles zu den Abläufen in der Abteilung Kulturelles und in den Kulturkommissionen sowie zu der Vergabepraxis von Fördergeldern befragt. Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass Ausstandsregelungen für Kommissionsmitglieder, die Fördergelder von der eigenen Kulturkommission beantragen, vorhanden sind und eingehalten werden. Die AK kam zum Schluss, dass diesbezüglich keine weiteren Schritte unternommen werden müssen. Aufgrund dieser Anhörung und einer weiteren Eingabe vom 29. Oktober 2012 von derselben Stelle verlangte die AK vom Gemeinderat eine Auflistung aller öffentlichen Beiträge, die im Zusammenhang mit der Herausgabe der Kulturagenda an den Anzeiger Region Bern fliessen. Mit Schreiben vom 20. Dezember 2012 stellt der Gemeinderat die Klärung der offenen Fragen im Rahmen einer Sitzung im Frühjahr 2013 in Aussicht.

Wahlen Verwaltungsrat ewb und BernMobil

Im Berichtsjahr hat die AK in bewährter Weise zwei Ersatzwahlen in den Verwaltungsräten der ausgelagerten Betriebe ewb und BernMobil begleitet. Eine Dreierdelegation der AK nahm an den Auswahlverfahren teil und hat der AK jeweils eine Person als Wahlempfehlung vorgeschlagen. Beim Verwaltungsrat von BernMobil empfahl die AK für den im Amt verstorbenen Christoph Stalder Christoph Erb und beim Verwaltungsrat von ewb für die zurückgetretene Ursula Gasser-Büttiker Susanne Blank zur Wahl. Beide Personen wurden vom Stadtrat gewählt. Die AK hat zudem an ihrer Sitzung vom 19. November 2012 die Wahlempfehlungen für die Gesamterneuerungswahlen der Verwaltungsräte von ewb und BernMobil zuhanden des Stadtrats verabschiedet.

Betreffend die alle vier Jahre anstehenden Gesamterneuerungswahlen der Verwaltungsräte der ausgelagerten Betriebe hat die AK den Gemeinderat gebeten, diese jeweils am Ende und nicht zu Beginn einer Legislatur durchzuführen, damit der Verwaltungsrat ab dem ersten Tag der neuen Legislatur ordnungsgemäss besetzt und somit handlungsfähig ist.

Änderungen im Geschäftsreglement des Stadtrates (Stadtratsreglement; GRSR)

Im Berichtsjahr wurden von der AK folgende Änderungen des Stadtratsreglements (GRSR) diskutiert und vom Stadtrat genehmigt: Änderung von Artikel 50 Absatz 5 GRSR, die Streichung von Artikel 70 Absatz 4 GRSR und die Aufnahme eines neuen Artikels 70a GRSR betreffend die Neuregelung der Planungserklärung.

Die AK hat an ihrer Sitzung vom 27. August 2012 im Weiteren eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Massnahmen zum Abbau der Geschäftslast des Stadtrates ausarbeiten soll. Dabei soll insbesondere ein Quervergleich mit anderen Parlamenten gemacht werden. Bis zum Ablauf des Berichtsjahres liegen noch keine Ergebnisse vor, die Arbeiten werden fortgesetzt.

3 Schwerpunktthemen Delegationsbesuche

Diesjährige Schwerpunktthemen der Delegationsbesuche der Aufsichtskommission in den einzelnen Direktionen bildeten das interne Kontrollsystem (IKS), die Behandlung von Revisionsbemerkungen, das formalisierte Umgehen mit interner Kritik bzw. Whistleblowing und die Umsetzung bzw. Differenzen betreffend das Leitbild für eine dienstleistungsorientierte Verwaltung. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Delegationsbesuche zusammengefasst wiedergegeben.

3.1 Präsidialdirektion (PRD)

Zusammensetzung Delegation 2012: Claude Grosjean (Leitung), Nicola von Greyerz (Stv. Leitung), Béatrice Wertli, Hasim Sancar, Manuel C. Widmer.

Die PRD vertraten Stadtpräsident Alexander Tschäppät, Generalsekretär Peter Tschanz, Direktionsadjunkt Ralf Treuthardt und Direktionsberufsbildner Jonathan Gimmel.

Das *interne Kontrollsystem (IKS)* ist ein Prozess, der die ordnungsgemässe Aufgabenerfüllung sicherstellt, indem er in die betrieblichen Abläufe integriert oder dem Arbeitsprozess unmittelbar vor- oder nachgelagert ist. Dadurch wird die Qualität der Aufgabenerfüllung sichergestellt. Das IKS wird seit 2010 eingesetzt. In der PRD sind sämtliche Kernprozesse vollständig dokumentiert. Heikle Prozesse sind systematisiert dargestellt. Pendent sind im Wesentlichen Dokumentationen von Detailprozessen. Das IKS wird jährlich einmal aktualisiert, die Pendenzen werden zuhänden des Gemeinderates dokumentiert und systematisch abgearbeitet. Insbesondere von den verantwortungstragenden Mitarbeitenden wird das IKS sehr geschätzt. Das IKS erfüllt seinen Zweck.

Die *Revisionsbemerkungen* werden nach der Revision mit dem Finanzinspektorat normalerweise vorbesprochen, was Missverständnisse und Unklarheiten zu klären hilft. Danach werden die Revisionsbemerkungen nach einer Kontrolle durch die externe Revision vom Gemeinderat verabschiedet. Die Dienststellen der PRD müssen zu den Revisionsbemerkungen zuhänden der Zentralen Dienste Stellung nehmen, diese verfassen dazu einen Direktionskommentar und leiten beides wieder zurück an das Finanzinspektorat. Das Finanzinspektorat nimmt dazu nochmals Stellung. Die PRD führt alle Revisionsbemerkungen in einer Kontrolltabelle, damit überprüft werden kann, ob die Dienststellen ihre Pflichten erfüllen.

Die PRD verfügt über ein systematisiertes *Vorgehen bei interner Kritik*, das dem Personal bekannt ist und insbesondere im Rahmen von jährlichen Einführungsveranstaltungen für die neuen

Mitarbeitenden klar kommuniziert wird. Erste Ansprechperson ist immer die Person in der Linie, danach der Direktionspersonaldienst und zuletzt die unabhängige Ombudsstelle. Dieses Vorgehen hat sich bisher bewährt.

In der PRD wird der *Umsetzung des Leitbildes für eine dienstleistungsorientierte Verwaltung* besonderes Gewicht beigemessen. Insbesondere wurde zur Umsetzung des Leitbildes eine Broschüre mit dem Titel „chic@work – stilvoll durchs Berufsleben“ erarbeitet. Für die Präsidialdirektion mit ihren zahlreichen Repräsentationsaufgaben hat sich das sehr bewährt.

3.2 Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Zusammensetzung Delegation 2012: Nicola von Greyerz (Leitung), Béatrice Wertli (Stv. Leitung), Jacqueline Gafner Wasem, Robert Meyer.

Am 7. November fand der SUE-Delegationsbesuch an der Nägeligasse statt. Seitens der SUE-Direktion nahmen Gemeinderat Reto Nause, Markus Limacher (Leiter Direktionsdienste), Daniel Riesen (Direktionsfinanzdienst) und der Generalsekretär Martin Albrecht teil. Die Einführung eines *internen Kontrollsystems (IKS)* war in den verschiedenen Abteilungen bzw. Ämtern der Direktion mit sehr unterschiedlichem Aufwand verbunden. Einige Abteilungen, wie z.B. die Sanitätspolizei, haben solche genauen Kontrollen der Abläufe und Prozesse internalisiert und der Aufwand für die Einführung war gering, bei anderen bedurfte es eines grösseren Aufwandes. Über die ganze Direktion gesehen haben sich die Werkzeuge des IKS jedoch gut etabliert und sind gut in die tägliche Arbeit eingebunden.

Die Diskussion über das IKS brachte jedoch eine andere, eher besorgniserregende Tatsache zutage: In der Stadt Bern ist man nur ungenügend auf Grossrisiken vorbereitet. So besteht z.B. kein Evakuationsplan für die Stadt Bern im Falle eines atomaren Unglücks. Die SUE ist allerdings Pilotdirektion für die Erarbeitung eines neuen Risikomanagements. Die AK wird an diesem Thema dran bleiben.

In der Direktion herrscht grundsätzlich eine Kultur der offenen Türen. Reto Nause pflegt nicht nur zu seinen engsten Mitarbeitenden, sondern mit der ganzen Direktion eine sehr direkte und unmittelbare Kommunikation. Anhand eines aktuellen Falles, der auch in den Medien diskutiert wurde, konnte Reto Nause der Delegation dies glaubhaft aufzeigen. Whistleblowing scheint in der SUE kein brennendes Thema zu sein.

3.3 Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Zusammensetzung Delegation 2012: Kurt Hirsbrunner (Leitung), Silvia Schoch-Meyer (Stv. Leitung), Claude Grosjean, Annette Lehmann.

Am 8. Juni 2012 fand der Delegationsbesuch in den neuen Räumlichkeiten des Sozialdienstes an der Schwarztorstrasse statt. Die BSS wurde vertreten durch Gemeinderätin Edith Olibet, Generalsekretär Sven Baumann, Urs Röthlisberger, Leiter Direktionspersonaldienst, Roland Sieber, Leiter Direktionsfinanzdienst, sowie Felix Wolffers, Leiter Sozialdienst, und seine Stellvertreterin Doris Gygax. Das *interne Kontrollsystem (IKS)* funktioniert in der BSS gut und wird wie vorgesehen regelmässig bearbeitet. Beim Umgang mit *Whistleblowing* gibt es kein formalisiertes Vorgehen. Es gibt aber regelmässige Schulungen der Führungskräfte, und es wird, wie in der gesamten Stadtverwaltung, bei den Mitarbeitenden regelmässig ein Feedback abgeholt. Das *Leitbild der dienstleistungsorientierten Verwaltung* wird wenig thematisiert. Es wurde an alle Mitarbeitenden verteilt und die Führungspersonen haben auf die Einhaltung zu achten.

Ein weiteres Thema war der Datenschutz bei der Einführung der neuen Version des Klienteninformationssystems (KISS). Die Gewährleistung des Datenschutzes ist allen Beteiligten ein grosses Anliegen. Zwischen dem Datenschützer, Herrn Mario Flückiger, und dem Sozialamt bzw. dem EKS ist dazu ein intensiver Prozess im Gange. In Bezug auf die Umsetzung bestehen teilweise unterschiedliche Vorstellungen. Im Dialog werden diese Punkte nun zu bereinigen sein.

Am 13. August 2012 wurde der Direktionsbesuch durchgeführt. Nach einem Ausblick von einem Hochhaus aus wurde der Kommission unter dem Thema „Sozialraum Bern West“ ein vielfältiger Einblick in den Stadtteil VI gewährt. Informiert wurde u.a. über das Projekt „Beschwerde-management“: Dabei gehen Beschwerden aus der Bevölkerung bei Pinto ein, und Lösungen werden im Anschluss zusammen mit QBB, TOJ, vbg, der Reformierten Kirche und der Kapo besprochen. Die Umsetzung erfolgt dann unter Einbezug der Betroffenen. Das Pilotprojekt wurde im 2010 lanciert und aufgrund des Erfolgs 2011 definitiv eingeführt.

3.4 Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Zusammensetzung Delegation 2012: Robert Meyer (Leitung), Manuel C. Widmer (Stv. Leitung), Kurt Hirsbrunner, Prisca Lanfranchi.

Die AK-Delegation TVS stattete 22. Juni 2012 der TVS ihren jährlichen Besuch ab. Mit der Direktorin TVS, Regula Rytz, und zwei ihrer Kadermitarbeiter, Stefan Schwarz, Generalsekretär TVS, und Martin Benz, Leiter Direktionsfinanzdienst TVS, wurden u.a. die eingangs erwähnten Schwerpunktthemen diskutiert.

Die TVS hat als Pilotdirektion in den Jahren 2009 und 2010 das interne Kontrollsystem in einer systematischen Aktion aktualisiert (Mitarbeiterinterviews, Stellenbeschriebe, Prozessbeschriebe). Pendent ist noch der Risk-Management-Teil, der erst in einzelnen Ämtern besteht. Dieses aufwendige Projekt wurde nicht als lästige Pflichtübung wahrgenommen, sondern hatte einen konkreten Nutzen für die Qualitätssicherung.

Nachdem in andern Kantonen Whistleblowing-Fälle zu Aufsehen und kontroversen Reaktionen geführt haben, führte die AK-Delegation eine ausführliche Diskussion mit den TVS-Vertretern zu diesem Thema. Von einem Whistleblowing-Fall war die TVS nicht betroffen; Konflikte, meist eher im zwischenmenschlichen Bereich, gibt es aber schon. Beim EDV-Skandal in der Eidgenössischen Steuerverwaltung z.B. wäre ein früheres Whistleblowing nötig gewesen. Dieser Fall hinterlässt den Eindruck eines Arbeitsklimas, wo interne Kritik entweder ganz ausbleibt oder sich als Whistleblowing-Fall den Weg an die Öffentlichkeit sucht. Eine Denunziationskultur ist in der TVS nicht gewünscht; ein kritikfähiges und offenes Arbeitsklima aber schon. Bei einer guten Kritik- und Arbeitskultur ist Whistleblowing als Ultima Ratio unnötig.

Im September 2012 besichtigte die gesamte Aufsichtskommission im Rahmen des alle zwei Jahre stattfindenden Direktionsbesuchs den Entsorgungshof Fellerstrasse. Auch im Hinblick auf die ab Oktober folgende Erneuerung ergaben sich sehr interessante Einblicke in diverse Entsorgungsfragen, insbesondere im Bereich der Sonderabfallentsorgung.

3.5 Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)

Zusammensetzung Delegation 2012: Jacqueline Gafner Wasem (Leitung), Annette Lehmann (Stv. Leitung), Prisca Lanfranchi, Silvia Schoch-Meyer.

Die FPI wurde vertreten durch Gemeinderätin Barbara Hayoz, Generalsekretär Roland Meyer, Franziska Zimmermann, Leiterin Personalamt, sowie durch den Finanzverwalter Daniel Schaffner. Im Rahmen der Diskussion zum IKS wurde im Zusammenhang mit der Interpellation UK NSB (Lüscher, 07/000115) betreffend Controlling-Konzept einleitend ausgeführt, dass der Gemeinderat heute über ein MIS-Cockpit verfügt, das die Controlling-Felder Wohnen, Arbeit, Sicherheit, Verkehr, Soziales, Bildung, Tourismus, Umwelt, Personal, Parlament, Informatik, Projekte und Finanzen umfasst und der Exekutive zweimal im Jahr unterbreitet wird, damit sie, falls erforderlich, steuernd eingreifen kann. Allerdings sollen die Arbeiten am IKS erst ab dem 2. Quartal 2013 forciert werden: Dies einerseits, weil die FPI derzeit viele Projekte parallel am Laufen hat, in die stets dieselben Personen involviert sind, namentlich die Mitarbeitenden des Direktionsfinanzdienstes (DFD), die mit HRM2, Zimbe und Risikomanagement neben dem Tagesgeschäft kaum mehr Kapazität haben. Andererseits soll im Frühjahr 2013 eine durch einen Mitarbeiter der StaBe verfasste Masterarbeit zum Thema „IKS in der Stadtverwaltung“, verfügbar sein, die als Muster dienen könnte. Bereits vorhanden ist ein Tool zur Dokumentierung der Prozesse („QM Pilot“), mit dem u.a. die Liegenschaftsverwaltung bereits gearbeitet hat und das künftig verwaltungsweit gebraucht werden soll.

Auch zur Behandlung von Revisionsbemerkungen besteht ein standardisierter Prozess, wobei das der FPI vorstehende Gemeinderatsmitglied sämtliche Revisionsbemerkungen zu Gesicht bekommt, namentlich auch solche, die nicht aus der ordentlichen Revision der Jahresrechnung, sondern aus gesonderten Revisionen von Abteilungen der FPI resultieren.

Was den Umgang mit interner Kritik/Whistleblowing betrifft, wurde erklärt, dass die Mitarbeitenden zum einen durch das Personalreglement geschützt seien, indem eine Kündigung einzig aus sachlichen Gründen möglich sei, und zum andern in der FPI eine Kultur gepflegt werde, wonach offen kommuniziert und Probleme oder Unregelmässigkeiten frühzeitig angesprochen werden sollen. Im Zuge der Diskussion hat die Delegation – unabhängig von der Situation in der FPI – festgestellt, dass zwischen dem Öffentlichkeitsprinzip einerseits und dem Amtsgeheimnis andererseits offenbar ein gewisses Spannungsverhältnis besteht, das einmal etwas näher anzuschauen sich im Blick auf mögliche künftige Konflikte im Sinne einer vorsorglichen Massnahme lohnen dürfte. Speziell beeindruckt hat die Delegation der Umstand, dass die Direktorin FPI sich vier-, fünfmal pro Jahr mittels eines per E-Mail versandten „Newsletter FPI“ an alle Mitarbeitenden wendet, wobei im Newsletter 3/2011 das Leitbild für die dienstleistungsorientierte Verwaltung thematisiert worden ist.

Die Aufsichtskommission dankt dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihren Einsatz, ihr Engagement und für die gute Zusammenarbeit mit der AK und dem Stadtrat.

Bern, 3. Juni 2013